

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POKHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Donnerstag, 29. März 1934

Nr. 74

## Urteil gegen die Kasernenstürmer gewaltig verschärft

### Gajda erhält sechs Monate schweren Kerkers

Prüna, 28. März. Der Oberste Gerichtshof als Kassationshof hat heute nach öffentlicher Vernehmung gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 26. Juni 1933 gegen Kobzinec und Genossen das Urteil zu einem beträchtlichen Teil aufgehoben, die ausgesprochenen Strafen empfindlich verschärft und Gajda, der seinerzeit freigesprochen wurde, zu sechs Monaten Kerker verurteilt.

Der Vernehmung des öffentlichen Anklägers bezüglich Kobzinec und der weiteren Angeklagten Sušil und Redvedlich wird teilweise entsprochen und das angefochtene Urteil hinsichtlich des Freispruches nach § 1 des Schutzesgesetzes, bzw. Verurteilung nach verschiedenen §§ des Strafgesetzes annulliert.

Die vier genannten Angeklagten werden vom Obersten Gerichtshof vielmehr schuldig erkannt, daß sie bei dem Schimärer Kasernensturm in der Nacht auf den 22. Jänner 1933 den Versuch unternommen haben, die Verfassung der Republik, soweit es sich um die demokratisch-republikanische Staatsform handelt, gewalttätig zu ändern, wodurch sie das Verbrechen von Anschlägen gegen die Republik nach § 1 des Schutzesgesetzes begangen haben.

Die Strafe wird daher für Kobzinec von sechs auf zwölf Jahre schweren Kerkers, verschärft durch vierjährige Haft und Dummheit am Jahrestage der Tat erhöht und außerdem auf eine Geldstrafe von 20.000 Kč, im Nichtleistungsfalle umgewandelt in weitere sechs Monate schweren Kerkers, erkannt;

Míček erhält sechs (früher zwei) Jahre, Sušil neun (früher vier) Jahre und Redvedlich acht (früher drei) Jahre schweren Kerkers, verschärft durch vierjährige Haft; die drei werden weiterhin zu je 2.000 Kč Geldstrafe, bzw. weiteren 20 Tagen schweren Kerkers, und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Die Untersuchungshaft wird eingerechnet.

Auch das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen eine weitere Gruppe von 39 Angeklagten wird auf Grund der Verurteilung des Staatsanwaltes annulliert, soweit es sich um die Strafverurteilung und Strafbemessung nach Absatz 2 des § 71 des Strafgesetzes handelt, und es werden ihnen, da sie bei der Revolte den Widerstand gegen die Wachen, welche zur Bekämpfung der Unruhen herbeigeeilt waren, forschenden, neuen Strafen gemäß § 70, Absatz 1, auferlegt, die gleichfalls eine empfindliche Verschärfung bedeuten.

Diese neuen Strafen betragen bei dem Angeklagten Hložek zweieinhalb Jahre (früher 11 Monate), bei den Angeklagten Holasak (früher ein Jahr) und Nava (früher 10 Monate) zwei Jahre; bei fünf weiteren Angeklagten 22 Monate (früher neun Monate bis zu einem Jahr), bei drei Angeklagten 21 Monate (früher sieben bis zehn Monate), bei 17 Angeklagten 20 Monate (früher sechs bis elf Monate), bei elf Angeklagten je 18 Monate (früher sechs bis neun Monate); alle diese Strafen sind durch je eine Haft monatlich verschärft. Die Untersuchungshaft wird eingerechnet.

Die Strafe gegen die Angeklagten Duchoslav Weidl und Josef Ruzicka, die auf Grund des § 71 zu je sechs Monaten verurteilt worden waren, wird ebenfalls aufgehoben; sie werden auf Grund des § 70 zu zwei Jahren, bzw. achtzehn Monaten schweren Kerkers, verschärft durch eine Haft monatlich, verurteilt.

Endlich wird das freisprechende Urteil gegen Rudolf Gajda, den bekannten Faschistenführer, aufgehoben und Gajda schuldig erkannt, daß er im Jänner 1933 in Prag, indem er auf glaubwürdige Art davon erfuhr, daß ein Verbrechen nach § 1 des Schutzesgesetzes vorbereitet werde, es unterlas-

sen habe, dies unverzüglich den Behörden bekanntzugeben. Er wird deshalb zu schwerem Kerker in der Höhe von sechs Monaten unbedingt, verschärft mit einer Haft monatlich, verurteilt.

In allen anderen Punkten wird die Beschwärde des öffentlichen Anklägers verworfen. Die Verurteilung Kobzinecs wird teilweise verworfen, teilweise einer weiteren Entscheidung zugewiesen.

Überblickt man die vom Obersten Gericht als letzter und höchster Instanz gefällten Urteile, bzw. die Korrekturen, die dieses oberste Tribunal an dem Urteil des Staatsgerichtshofes vorgenommen hat, so ergeben sich schon bei flüchtiger Betrachtung zwei bemerkenswerte Tendenzen. Einmal eine dem Ernst dieser faschistischen Putschherrschaft angemessene Strenge bei Verurteilung des Verschuldens der Angeklagten, die sich in der Bedeutung der erhobten Strafdauer für die Hauptschuldigen ausdrückt und zweitens das Erfassen der intellektuellen Urheberhaft bzw. Mitwisserschaft durch die Verurteilung des vor dem Staatsgericht freigesprochenen „Führers“. Das Staatsgericht hat Gajda seinerzeit ein hohes Maß von gutem Glauben und positiven Charaktereigenschaften zugebilligt und eben durch Anwendung dieses günstigen Maßstabes nicht die direkte Verbindung zwischen dem Zentrum der faschistischen Bewegung und dem blutigen Erzeugnis Schimärer Kasernensturm herbeigeführt. In dem Urteilsgründen wird bemerkt, daß die Gestalt Gajdas, wenn seine ganze bisherige Tätigkeit ins Auge gefaßt (der Überfall von Sazava und ähnliche Affären), in wesentlich anderem Lichte erscheint. Natürlich liegen die Taten nicht offen zutage. Immerhin hat das Oberste Gericht in der Handlungsweise Gajdas zum mindesten zweifellos den Tatbestand des Verbrechens nach § 12 Schutzesgesetz feststellen können, nämlich der Verabstimmung der pflanzlichen Anschläge gegen die Staatsoberhäupter und die Anschläge gegen die Staatsoberhäupter, also zum mindesten eine passive Teilnahme an der umstürzlerischen Aktion.

Nicht bedeutungslos erscheint auch die zuerst erwähnte namhafte Verschärfung der Strafen für die übrigen Hauptangeklagten. Sieht man doch der Schimärer Putsch, der Mord und ein Todesopfer gekostet hat, so sehr von sonstigen Hochverratsprozessen ab, daß auch die verhängten Strafen in einem entsprechenden Verhältnis zu der Art und der Schwere des Ver-

schuldens stehen müssen, wenn der Wille des demokratischen Staates zur rückhaltlosen Abwehr stuppeliger Gewaltmethoden von Umstürzern aller Art mit ganzer Klarheit zum Ausdruck kommen soll, wie es die Zeitverhältnisse gebieterisch erfordern. Unter diesem Gesichtspunkt wird man sagen können, daß das Urteil des Obersten Gerichtshofes den Umstürzern konsequente Rechnung trägt, jedenfalls weit mehr, als das Urteil des Staatsgerichtshofes.

Dieses Urteil des Staatsgerichtshofes ist seinerzeit viel diskutiert worden und hat Anlaß zu verschiedenen Betrachtungen über das Wesen die-

## Tandler enthaftet

### Unter dem Druck der Weltmeinung

Wien, 28. März. (Eigenbericht.) Gewisse Professor Tandler, der sich seit seiner Rückkehr aus Athen in Bali befindet, ist heute frei gelassen worden. Die Untersuchung soll ergeben haben, daß die Verdachtsmomente vollständig grundlos waren. In Wirklichkeit scheint die Entlassung auf das Eingreifen der internationalen Untersuchungskommission zurückzuführen sein und nicht zuletzt auf die Erregung, die infolge der Verhaftung des weltberühmten Gelehrten in der Öffentlichkeit Platz gegriffen hatte.

Der Institution und die Zweckmäßigkeit ihrer derzeitigen Organisation gegeben und schließlich auch zu Reformbestrebungen, die dieses Sondergericht zur restlosen Erfüllung seiner Aufgaben befähigen sollen, nämlich der Aufgabe, den Staat und seine demokratische Norm wirkungsvoll zu schützen. Jedenfalls ist die Tatsache zu vermerken, daß ein ordentliches Gericht, der Oberste Gerichtshof, sich veranlaßt sah, eine Entscheidung des Spezialgerichtes nicht unbedenklich zu ändern, und zwar im Sinne erhöhter Strenge.

Durch die definitive Entscheidung in der Schimärer Putschherrschaft wird eine ganze Reihe von Strafprozessen gegen Gajdasasozisten wieder ins Rollen kommen, die direkt oder indirekt mit der Schimärer Sache in Zusammenhang stehen und bis zu deren rechtskräftigen Entscheidung ruhen. In Pilsen, Brünn, Prag und bei anderen Kreisgerichten werden verschiedene Fälle dieser Art zur Verhandlung kommen. Die demokratische Justiz hat es in diesem Falle bewiesen und wird weiterhin Gelegenheit haben, zu beweisen, daß sie den Staat und die Demokratie zu schützen und Anschläge gegen sie zu ahnden weiß, ohne Rücksicht darauf, ob deren Initiatoren zum Galgenkreuz schwören, oder zum tschechischen „integralen Nationalismus“, oder sonst zu einer Spielart des internationalen Faschismus.

## Grauenhaftes Brandunglück in Groß-Hammer

### Frau und zwei Kinder tot, der Mann und zwei Söhne schwer verbrannt

In Groß-Hammer bei Tannwald brach in der Nacht vom Montag auf Dienstag im Hause des Landwirtes Wshlidlka ein Brand aus, der so rasch um sich griff, daß die im Dachgeschoss wohnhafte Familie des Maurers Poshchepny, erst vom Rauch und Flammen geweckt, nicht mehr den Flammen entkommen konnten. Wohl gelang es dem Maurer Poshchepny mit zwei Söhnen unter entsetzlichen Verbrennungen bis auf die Treppe zu kommen, wo sie zusammenbrachen und von beherzten Männern ins Freie gebracht wurden; aber die Frau, eine fünfzehnjährige Tochter und ein dreizehnjähriger Sohn blieben in den Flammen und konnten nur als verkohlte Leichen geborgen werden. Poshchepny und seine beiden Söhne, von denen einer von den Flammen um das Augensicht gebracht worden sein soll, wurden in das Tannwalder Krankenhaus übergeführt.

## Schützt die Grenzen durch Arbeit und Brot!

Wir haben niemals ein Sehnen daraus gemacht, daß die demokratische Republik auf unsere Unterfütterung rechnen kann, sobald sie in die Lage kommt, einen faschistischen Übergriff abwehren zu müssen. Das berechtigt uns auch, zu sagen, was wir zur Verteidigung des Staates für notwendig halten, was wir zum Schutze seiner Grenzen zu fordern haben. Offene Worte aus offenem Bekenntnis!

Kein Zweifel: Hitler hat da und dort in der Tschechoslowakei nicht nur seine gut bezahlten Spionagen und Spindel, die seinen außenpolitischen Gewaltplänen dienen, er tut auch im reichsdeutschen Grenzgebiet, soweit es ihm benachbart ist, alles, um die tschechoslowakische Bevölkerung unter agitatorischen Druck einer scheinbar besser ausgebauten Fürsorge des Dritten Reiches für die Krisenopfer zu setzen. Und tatsächlich sagen uns vertrauenswürdige Meldungen aus dem Grenzgebiet, daß jenseits der tschechoslowakischen Grenze Straßenbauten im Gange sind, daß unfruchtbarer Boden gerodet und die Bevölkerung bald aus dieser, bald aus jener Aktion befreit wird. Hitler läßt sich diese Art der Grenzlandpropaganda eben nicht weniger kosten, als er großzügig seine Spione entlohnt. Das so aufgewandte Kapital soll sich ihm dadurch vergüten, daß er die deutsche Randbevölkerung durch die soziale Larmung seiner imperialistischen Pläne der demokratischen Republik innerlich entfremdet, um mit größeren Erfolgswahrscheinlichkeit seine Pläne gegen die Tschechoslowakei verwirklichen zu können.

Und tatsächlich: wer die Lebensverhältnisse des überwiegenden Teils unserer Grenzbevölkerung genauer kennt, wird zugeben müssen, daß der Einsatzen dieses Abschnittes der imperialistischen Politik Hitlers nicht überflüssig wurde. Herrscht doch gerade in den Grenzbezirken ein unerträglicher Notstand, aus dem so rasch als möglich herauszukommen die einzige und größte Sehnsucht der Menschen ist.

Wie erschreckend traurig unsere Grenzbevölkerung davon ist, hat der Schreiber dieser Zeilen erst wieder dieser Tage auf einer sozialen Wanderung durch die Glendsdörfer des Bischofteinitzer Waldviertels erfahren. Überall unermessliche Not, zu deren Linderung die Krisenopfer fast ausschließlich auf die staatliche Ernährungshilfe angewiesen sind. Diese ist jedoch dank der arbeitserindlichen Haltung der bürgerlichen Parteien in fühlbarer Weise gekürzt worden. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen sind infolge der jahrelangen Ausschaltung aus dem Arbeitsverhältnis fast ausnahmslos ausgezehrt und die Heimarbeit — Spitzenkloppelei — trägt bei einer Arbeitszeit von bis zu 14 Stunden im Tage bestenfalls zwei bis drei Kronen ein. Wer ein Häuschen und ein Stückchen Grund besitzt, bei dem mag es noch halbwegs gehen, hoffnungslos ist jedoch das Dasein der sogenannten Anwohner, die noch Miete bezahlen müssen, obwohl sie kaum wissen, woher sie einen Bissen Brot für die jammernden Kinder nehmen sollen. Gliederreiche Familien bewohnen gewöhnlich nur eine kleine Kammer, in der sie ihr Nachtlager auf dem Boden bereiten müssen, wenn nicht gar zwei Parteien den gemeinsamen Wohnraum teilen. Im fünften Krisenwinter gefaßt sich zu dem quälenden Nahrungsmangel das Fehlen von Wäsche, Kleidern und Schuhwerk, was die Situation der Menschen vollends verzweifelt gestaltet. Die Jugend, besonders die Schulkinder tragen schon weithin sichtbar das Stigma der Unterernährung und gefährlichen Siedtums auf den Gesichtern...

Doch genug damit! Wir wollen ja nicht die Not ausmalen, sondern mit dem Hinweis auf sie nur zeigen, welche feilsche Verfassung die sozial getarnte imperialistische Propaganda Hitlers bei der deutschen Grenzbevölkerung auslösen muß, wenn sie erkennt, daß er gewisse

Faktoren hintertreiben, daß wenigstens der ärgsten Not ein Damm gesetzt werde. Wir haben danach schon bei den verschiedensten Anlässen betont, daß ein tatensloses Zuwarten den primitivsten Notwendigkeiten der Grenzführung widerläuft. Heute sei es noch einmal in aller Form gesagt, daß eine ausreichende soziale Fürsorge für die Arbeitslosen in den Grenzgebieten ein staatspolitisches Problem ersten Ranges ist, dessen Bedeutung niemand unterschätzen wird, dem es ernstlich um die Verteidigung des Staates zu tun ist. Den demokratischen Staat werden jene Entscheidungen schützen, denen er Arbeit und Brot zu schaffen weiß.

Wer etwa meinen sollte, daß wir mit patriotischen Argumenten um die Arbeitslosenfürsorge verteidigen wollen, der möge höchstpersönlich das Grenzgebiet bereisen, möge die Stuben der Arbeitslosen besichtigen und beobachten, in welcher jammervollen Weise diese dahinvegetieren müssen. Und wenn er nicht völlig von faschistischen Arbeiterhass erfüllt ist, wird er die Wahrheit unserer Darlegungen bestätigen, wird er uns rechtgeben müssen in der Auffassung, daß es heißt, wider den Staat zu handeln, wollte man sich der Einsicht verschließen, daß der außerordentliche Notstand im Grenzgebiet durch außerordentliche Maßnahmen bekämpft werden muß. Im Interesse des Staates und tausender Existenzen rufen wir danach!

Willi Baurka.

### Versammlungsniederlage der Christlichsozialen im Altvatergebiet

Um die Auswirkung der erfolgreichen sozialdemokratischen Versammlungen, die sich mit den Taten der Karäischenschützen beschäftigten, etwas abzumildern und den täglich sich mehrenden Kirchenaustritten zu steuern, berief die christlichsoziale Partei in den Orten Buchberg, Grotta und Einsiedel im Altvatergebirge Versammlungen ein, in welchen die „Wahrheit über Wien“ gesagt werden sollte. In Buchberg trat vor überfülltem Saal dem christlichsozialen Redner, dem Landessekretär Schlußke, der die in der christlichen Presse mehr als abgedroschenen Lügen über die Kämpfe in Oesterreich wiederholte. Genosse Kutschka aus Troppau gegenüber, der unter dem lauten Beifall der Versammlung die verbrecherische Politik der Christlichsozialen in Oesterreich unter Beweis stellte und damit den christlichen Redner in arge Bedrängnis brachte. Dem Referat des Genossen Kutschka folgte spontan der Gesang der „Internationale“, und es war Herrn Schlußke unmöglich, zu einem Schlußwort zu kommen.

Nicht viel besser erging es dem Namen in Einsiedel, obwohl er sich einen Schiffsin in der Besetzung des Herrn Kunz mitgebracht hatte. Auch hier mußte er sich bei größter Zustimmung der in Massen erschienenen Arbeiter nun selbst die Wahrheit über Wien und die Schandtat der Dollfuß-Christen sagen lassen. Die Christlichsozialen werden sich in Zukunft wohl hüten, vor Arbeitern hierzulande die Schurkereien der Faschisten in Oesterreich zu verteidigen.

## Die beiden Polen freigesprochen und sofort über die Grenze gebracht

Währisch Drauz, 28. März. Vor einem Senat des hiesigen Kreisgerichtes wurde heute auf Grund einer Schutzgesuchsanlage die Verhandlung gegen die zwei polnischen Staatsbürger Stanislaw Kajschnski, Publizist, aus Krakau und Professor Franz Kulliszewicz aus Polnisch-Teichan durchgeführt, deren Verhaftung zu bedeutenden antisowjetischen Demonstrationen in Warschau und zur Ausweisung von 21 tschechoslowakischen Staatsbürgern aus Polen geführt hatte.

Beide wurden von der Anklage freigesprochen. Sie wurden sofort in einem Personenzug nach Tschechoslowakei gebracht und dort auf der Olsa-Brücke, die die Grenze bildet, in Freiheit gesetzt.

Von Antsiewicz nahm das Gericht als erwiesen an, daß er in der Nacht zum 20. März nach einer Koffertreue in der Bahnhofrestauration in Tschechoslowakei dem Stellner, der polnische Marken nicht in Zahlung nehmen wollte, gedroht habe: „In zehn Tagen werden die Polen kommen und Sie bekommen den ersten Stoß in den A... und fliegen hinaus.“ Auch den Voriter und einen Wachmann habe er bedroht und letzterem gesagt: „Ihr alle werdet laufen.“

Der Senat hat trotzdem auf Freispruch erkannt, da erwiesen wurde, daß der Angeklagte so betrunken war, daß er nicht wußte, was er sprach.

Der Angeklagte Kajschnski soll anfänglich einer Fortzugsanzeige im Referat in einer Verammlung erklärt haben, daß Polen nach dem Umsturz von einer sowjetischen Brudernation überfallen und ein lebender Teil Polens (offenbar das Teichner Gebiet) in zwei Teile geteilt wurde; es werde aber die Zeit der Wiedervereinigung kommen, wenn nicht im Guten, so werde der Grenzstein mit feurigen Schwert weggeschlagen werden.

Die Anklage stützt sich auf nachträgliche Erhebungen der Gendarmerie. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei mit der Begründung, daß die von der Anklage geführten Zeugen verfaßt haben. Keim Entlastungszeugen bestätigten, daß der Angeklagte über das Teichener Gebiet überhaupt nicht gesprochen habe.

Der Staatsanwalt behielt sich eine dreitägige Frist vor, hatte aber gegen die sofortige Entlassung beider Angeklagten nichts einzuwenden. Der Verhandlung wohnte u. a. der polnische Generalkonsul und ein Vertreter des polnischen Pressebüros bei.

### Ausgewiesene ...

Frag, 28. März. (Tsd. P. B.) Heute traf in Prag der Fabrikant Franz Nejnch aus Dieblich ein, der auf Anordnung der Wojwodschafsbehörde in Kattowitz aus Polen ausgewiesen und ähnlich wie andere tschechoslowakische Staatsbürger aufgefordert wurde, das polnische Gebiet innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Fabrikant Nejnch ist in Dieblich seit dem Jahre 1905 ansässig. Während der Spannung in der Zeit der Vorbereitungen zum Plebiszit im Gebiete von Teichan wurden gegen den Fabrikanten Nejnch als Funktionär der Česká Zvešda von den polnischen Behörden eine Untersuchung eingeleitet, doch wurde Nejnch wegen seiner Verdienste um die tschechoslowakisch-polnische Verständigung in Freiheit gelassen und die Untersuchung gegen ihn später eingestellt. Während der schweren Wirtschaftskrise, die auch die tschechoslowakischen Landesteile im Industriegebiet von Dieblich-Diela traf, gründete Fabrikant Nejnch einen tschechoslowakischen Selbsthilfsverein, dessen Vorsitzender er ist.

welchem sie nicht mehr nach Frankreich zurückkehren werden. Die französischen Arbeitgeber werden diese Bergarbeiter und ihre Familien auf ihre Kosten bis in ihre Heimatgemeinden in Polen bringen lassen. An eine ähnliche Maßnahme gegen die tschechoslowakischen Bergarbeiter, deren Zahl übrigens in Frankreich um ein Vielfaches geringer ist, ist nicht gedacht.

Die französisch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen in Paris sind auf gutem Wege und man hofft, daß sie sehr bald ihren Abschluß finden werden. Die beiden Delegationen tauschten Noten über das Devisenregime für die französische Einfuhr und über die Befreiung der tschechoslowakischen Einfuhrkontingente aus. Die Verhandlungen betreffen diese Kontingentbefreiungen und auch die Aufhebung der Einfuhr-Surtaxe und deren gleichmäßige Festsetzung auf 2 Prozent für die gesamte Einfuhr, wie dies eben Frankreich bereits in seinen Handelsvertragsverhandlungen England zugesagt hat. — In Bukarest begannen gestern Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der rumänischen Regierung wegen der Erneuerung des am 1. April zu Ende gehenden Abkommens über den Warenverkehr zwischen den beiden Ländern. Ein weiterer Zweck der Bukarester Verhandlungen ist die Vorbereitung der Wirtschafskonferenz der Kleinen Entente, die Ende April stattfinden wird.

### Drei Todesurteile in Belgrad

gegen die kroatischen Terroristen.

Belgrad, 28. März. Der Oberste Staatsgerichtshof zum Schutze des Staates fällt heute mittags das Urteil im Attentatsprozeß gegen die kroatischen Terroristen. Dreb, Vegovic und Bogorelec. Sämtliche Angeklagten wurden schuldig erkannt und zum Tode durch den Strang verurteilt.

Das Urteil wird damit begründet, daß alle drei Angeklagten als Mitglieder der antisowjetischen revolutionären Organisation „Mlita“ am 16. Dezember 1933 in Agram ein Attentat gegen den König Alexander beabsichtigt und vorbereitet hatten.

### Frankreich schickt 5000 polnische Bergarbeiter heim

Paris, 28. März. Der wachsende Arbeitsmangel auf den französischen Kohlengruben, namentlich in den nordfranzösischen Kohlenbecken, veranlaßte die französischen Arbeitgeber im Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien zu einer zeitweisen Beschränkung der Zahl der Arbeiterschaft, namentlich der ausländischen. In der nächsten Zeit sollen etwa 5000 polnische Bergarbeiter und ihre Familien auf einen aller Wahrscheinlichkeit noch unbezahlten sechsmonatigen Urlaub geschickt werden, von

### Er sagt es ja selbst ...

Berlin, 28. März. In einer Rundgebung des Reichsbischofs an die Pfarrer anläßlich des Martinstags, der angefaßt der starken Oppositionsbewegung gegen den Reichsbischof erhöhte Bedeutung zukommt, heißt es u. a.: Ich wende mich an diejenigen, die gegen die bisherige Führung der deutschen evangelischen Kirche in Widerspruch stehen, bis zu denen, die gesagt haben, daß es Gehorsam gegen Gott sei, dem Reichsbischof ungehorsam zu sein. Es ist gewiß verständlich, wenn der Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates für viele etwas ganz Neues und Fremdes war und besonders bei dem zum Individualismus neigenden evangelischen Pfarrerstand schweren Anstoß erregte. So ist es denn zu einem kirchlichen Kampf gekommen, dem das Volk mit Stimmten, ja mit Verehrung und Erbitterung gegenübersteht.

### Das Ende des „Stahlhelm“

Berlin, 28. März. Zwischen dem Stabschef der SA, Ernst Röhm und dem Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seidte, wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in den „Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund“ (Stahlhelm) umgewandelt und Seidte zum Bundesführer ernannt wird. Die Zugehörigkeit zum „NSDF“ steht den alten Mitgliedern des Stahlhelm, sowie jedem deutschen Soldaten außerhalb des aktiven Dienstes in der Wehrmacht offen. Angehörige der SA dürfen Mitglieder des „NSDF“ sein. Eine gleichzeitige Bekleidung von Führerstellen in der SA und in „NSDF“ ist untersagt. Unabhängig von der SA und Parteizugehörigkeit wird jedes Mitglied des „NSDF“ als Volksgenosse mit gleichen Pflichten und Rechten im nationalsozialistischen Staat gewertet. Wehrsportliche und wehrpolitische Tätigkeit gehört nicht zu dem Aufgabekreis der „NSDF“.

### Eine Niederlage Roosevelts

Washington, 28. März. Das Veto des Präsidenten Roosevelt gegen den Beschluß des Repräsentantenhauses und des Senates, nach dem den amerikanischen Kriegsveteranen eine Entschädigung — ein sogenannter „Bonus“ — in Höhe von 83 Millionen Dollar ausbezahlt werden soll, wurde vom Repräsentantenhaus mit weit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, nämlich mit 310 gegen 72 Stimmen, überstimmt. Es ist dies die größte Mehrheit, die seit dem Amtsantritt des Präsidenten Roosevelt gegen die Regierung erzielt wurde. Eine große Zahl demokratischer Führer stimmte mit der Mehrheit gegen den Präsidenten.

Präsident Roosevelt erklärt in seiner Botschaft an den Kongreß, in der er sein Veto einlegt, daß der Kongreß zwar diese Zusatzausgabe in der Gesamthöhe von 228 Millionen Dollar zur Entschädigung der Veteranen und zur Erhöhung der Staatsangestelltenbezüge angenommen, sich aber nicht um eine annähernd gleich hohe Leistungssumme aus zusätzlichen Steuern gekümmert habe. Nun hängt es davon ab, wie morgen die Abstimmung im Senate ausfallen wird. Nach der Meinung informierter Kreise ist das Abstimmungsergebnis im Senate sehr ungewiß.

### A. M. de Jong: Verschlungene Pfade Ein Roman in vier Episoden

Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen von E. R. Puch.

Sein Inneres glück einem Tal, in dem beständige Ruhe herrscht und in das plötzlich von allen Abhängen ringsum wirbelnde Gebirgsböden drängen. ... Nicht sterben? ... Noch weiter leben? ... Die Sonne sehen, die Bäume, die wogenden Getreidefelder auf sanft gewellten Hügel? Nachts im Gras liegen und in die schwindelerregende Pracht des Sternenhimmels blicken? Vielleicht mit den Kameraden zusammen sein, arbeiten, hoffen, die Geister erwecken? ... Den Kameraden? ... Und die Kameraden, die gleichzeitig mit ihm zum Tode verurteilt worden waren? ... Nein, das konnte nicht sein! Unmöglich!

Mit düsterem Gesicht erhob er sich. „Nein“, sagte er mit fester Stimme, „ich kann es nicht annehmen. ... Laß mich in Ruhe. ... Ich will nicht mehr leben.“ „Der Gegenbefehl ist unterzeichnet, Peter.“ „Dann zieh ihn wieder zurück!“ „Unmöglich, Peter. ... deine Freilassung ist befohlen.“ „Meine ... Freilassung? ... Willst du denn ...“ „Ich habe dich ins Ausland verbannt. Mehr kann ich nicht für dich tun. ... Dort wirst du frei sein. ... Deine Papiere sind in Ordnung.“ „Bitte sonziger Lebensfreude durchzuden Peters Gehirn. Doch mißmutig unterdrückte er die unwiderstehlich aufflammende Hoffnung und sagte mürrisch:

„Ich will nicht ... Es würde Verrot bedeuten an den Kameraden ... Niemand würde es verstehen: alle hingerichtet, der Anführer frei im Ausland ... Väterlich! ... Ich weigere mich! ... Ich habe nicht um Gnade gebeten ... Ich will sie nicht!“

Er erregte sich mehr und mehr und hatte die letzten Worte mit sich überschlagender Stimme herausgeschrien. Sanft antwortete der König:

„Deine Kameraden sollen auch nicht sterben. Ich habe sie alle begnadigt. Doch sie wurden in Zwangsarbeit in der Verbannung verurteilt. ... Du siehst, ich bin weiter gegangen als je zuvor und ich werde reichlich darüber zu hören bekommen. ... Aber dir schenke ich das Leben und die Freiheit. ... Ich will bei dir nicht mehr in Schuld stehen.“

Peter wanderte mit kurzen, lauten Schritten hin und her, die Hände auf dem Rücken zu fäusteln geballt. Die Kameraden würden nicht sterben. ... Verbanni! ... Und er würde im Ausland frei sein. ... arbeiten können. ... heimlich zurückkehren, wenn es nötig war. ... Was kümmerte er sich um die Ausweisung? ... Wieviele Jahre war er vogelfrei, mit Scharen von Spionen und Polizisten auf den Fersen, herumgelaufen? ... Alles würde sein, wie es gewesen war. ... Er würde an der Befreiung der Kameraden arbeiten. Noch blickte er von der Seite nachdenklich auf den König. Viel Vertrauen zum Feind hatte ihn der unbarmherzige Kampf nicht gelehrt. Doch zur Erklärung seines Vorgehens sagte der König:

„Ich kann diesmal einen Beweis von Gnade und Verzeihungswillen geben: der Anschlag war auf mich selbst gemünzt. ... Ich will beweisen, daß ich keine persönliche Rachsucht hege. ... Doch ich will auch ehrlich bekennen: ich tue es für dich allein. Und da ich begreife, daß du dein Leben von mir nicht annehmen würdest, wenn ich die anderen sterben ließe, schenke ich sie dir alle zusammen.“ Betroffen blieb Peter vor ihm stehen. Lang-

sam sprach er: „Ich kann den Edelmut nach Gebühr schätzen.“

Dann schweig er wieder, dachte nach und fragte:

„Und deine Bedingungen?“ „Ich stelle keine Bedingungen. ... Du stellst auch keine, als du mir nachsprangst und mich aus dem Schlammgraben holtest.“

Peter Janzi unterdrückte ein unangenehmes Gefühl.

„Wir müssen einander gut verstehen“, sagte er dann, den König fest in die Augen blickend. „Das Leben, das du mir schenkst, werde ich nicht anders gebrauchen als bisher. ... Ab heute stehen wir wieder in dem alten Verhältnis zueinander: unversöhnliche Feinde.“

„Sagen wir lieber: unversöhnliche Peinzipien ... durch ein Mißverständnis getrennt.“ antwortete traurig der König. „Wir werden nie Feinde sein können, Peter. ... Du hast mich Bruder genannt.“

„Da war ich ein toter Mann“, sagte Peter leise. „Angefaßt des Todes konnte ich in dir nur noch einen Menschen sehen. ... Nun wird es wieder anders. ... Du bleibst der König, ich der Revolutionär. ... Wir stehen jeder auf einer anderen Seite der Barrikade. ... Bedenk es wohl: du läßt nicht Peter Janzi frei, sondern Grando. ... den Terroristen, der es auf dein Leben abgesehen hat. ... und der nicht geloben will, daß er sich besser werde. ... Nach bin ich hier. ... Du kannst den Befehl widerrufen. ... ich werde mich nicht wehren.“

Mit seinem heißen Arm machte der König eine vage Bewegung.

„Ich stelle keine Bedingungen. ... Tu mit deinem Leben, was du willst. ... Ich hoffe, daß du nicht wieder in die Hände der Justiz fallen wirst. ... Es würde mir unsagbar schwer werden, dein Todesurteil zu unterzeichnen.“

„Nach nicht so viele Umstände“, sagte Peter

achselzuckend. „Im Krieg darf ein Führer nicht sentimental sein, hat man mich auf der Kriegsschule gelehrt. Vermutlich bist du gar zu sentimental gewesen.“

„Vielleicht. ... Du bist es nicht gewesen. Doch das war anders: du wolltest vernichten, was du mir früher geschenkt haltest. ... Ich hätte meinen Kettler vernichten sollen. ... Das wollte ich nicht. Niemand soll dereinst bezeugen, daß ich an Edelmut geringer war als Peter Janzi. ... Du hast mir auch nicht zu danken. ... Wir sind quitt. ... Das ist alles.“

„Darf ich von meinen Kameraden Abschied nehmen?“

„Deine Kameraden sind vor Mitternacht in ihren Verbannungsort abtransportiert worden.“ „Und meine Schwester?“

„Deine Schwester wartet unten auf dich. ... Ich muß nun gehen, Peter. ... Können wir einander die Hand reichen?“

„Das mußt du wissen. Ich habe einem edlen Feind nie die Hand verweigert.“

„Für dieses Wort danke ich dir.“

Er streckte seine unversehrte Hand aus und Peter ergriff sie mit seiner breiten, starken Arbeiterhand und drückte sie kräftig.

„Leb wohl, Peter Janzi! ... Gebe Gott, daß sich unsere Wege nie mehr kreuzen!“

„Niemand kann sein Schicksal vorauswissen. ... Leb wohl!“

Er ließ des Königs Hand los. Noch einen Augenblick sah der Fürst in das kraftstrobende, blasse Antlitz, das im Schein eines kindlichen Lächelns mild leuchtete. Doch das helle Lob der schwarzen Augen erlöschte ihn. Er wandte sich und schritt rasch der Türe zu, die sich beim ersten Klopfen öffnete. ... Ohne sich umzusehen, ging er den Korridor entlang. Mit einem Schlag fiel die Tür wieder ins Schloß, die Riegel wurden vorgeschoben, der Schlüssel umgedreht.

(Fortsetzung folgt.)

# 16 italienische Militärflugzeuge auf dem Grazer Flugplatz stationiert

London, 28. März. Der Sonderberichterstatter des „Daily Express“ meldet aus Graz:

Oesterreich bricht vorläufig den Friedensvertrag, der ihm das Recht auf den Besitz von Militärflugzeugen verweigert.

Ich habe festgestellt, daß auf dem Thalerhof-Flugplatz bei Graz 15 Militärflugzeuge italienischer Herkunft stationiert sind. Ueberdies haben Geschwader italienischer Militärflugzeuge Graz auf dem Wege nach Ungarn passiert. Die Flugzeuge im Thalerhof sind vor zwei Wochen eingetroffen. Sie hatten kein Abzeichen und kamen aus einer Höhe von annähernd 5000 Metern herunter. Zwölf sind Kampfflugzeuge und besitzen je zwei Maschinengewehre, die durch den Propeller feuern, drei sind Bombenflugzeuge.

Einer der italienischen Piloten ist in Graz geblieben, wo er jetzt als Lehrer an der Militärflugschule wirkt.

## Generalpatenschaft belgischer Genossen für die Kinder der österreichischen Helden

Wien, 28. März. (Eigenbericht.) Die belgischen Sozialisten haben, wie man aus Wiener sozialdemokratischen Kreisen erfährt, erklärt, daß sie für den Fall, als die österreichische Regierung die Auslandsreise der Kinder der Opfer des Feindes verhindern werde, die Generalpatenschaft für die Kinder der Gefallenen und die Sorge für die notleidenden Kinder des oberösterreichischen Industriegebietes übernehmen wollen.

Die Schwierigkeiten, die die Polizei dem Hilfswerk der Mütter bereitet, dauern an. In den letzten Tagen wurde in Floridsdorf eine Fürsorgerein, als sie einer notleidenden Familie eine Unterstützung brachte, verhaftet und zu vierzehn Tagen Polizeiarrest verurteilt. Diese Störung des menschenfreundlichen Werkes der Mütter dürfte diplomatische Schritte zur Folge haben.

## Numerus clausus bei der „Ravag“

Bei der „Ravag“ wurden in den letzten Tagen vier jüdische Angestellte gefeuert. Als eine Wissenschaftlerin, die wiederholt in der Ravag gesprochen hatte, vor einigen Tagen wieder einen Vortrag überreichen wollte, wurde ihr bedeutet, daß sie keine Aussicht habe, weil angenommen worden sei, daß fürderhin nur sechs Prozent Juden als Vortragende zugelassen werden.

## „Wir bleiben Sozialdemokraten!“

Ein Vertreter der christlich-deutschen Turnerschaft berief eine Versammlung von Arbeiterturnern ein, um ihnen zu erklären, daß sie weiter auf ihrem Turnplatz turnen dürften, wenn die Konfessionslosen unter ihnen wieder katholisch würden: die jüdischen Mitglieder müßten ausgeschieden werden. Als der Redner die Sozialdemokratie beschimpfte, wurde er von der Versammlung durch stürmische Zurufe unterbrochen: „Wir sind und bleiben Sozialdemokraten!“ Die Versammlung endete mit einer großen sozialdemokratischen Kundgebung. Der Turnplatz wird nun den christlich-deutschen Turnern übergeben werden.

Ein ähnliches Ansuchen wurde auch an den Arbeiter-Schwimmverein gerichtet — und ebenso kategorisch abgelehnt.

## Regierungsumbildung vertagt

Wien, 28. März. (Eigenbericht.) Die erwartete Umbildung der Regierung wird, durch die Verfassungsänderung verzögert, erst nach Ostern vorgenommen werden. Es wird bekannt, daß in der neuen Regierung den Heimwehren mehr Raum gegeben werden soll, als man allgemein annahm. Alle Wehrverbände werden nach einem Uebereinkommen mit Volkshilfe dem Starheimberg unterstellt, der Vizepräsident der Regierung werden soll.

## Die Ruhr breitet sich aus

Wien, 28. März. (Eigenbericht.) Die Ruhr-Epidemie im Konzentrationslager Böllersdorf greift weiter um sich. Neben Frauenfeld befinden sich von den prominenten Hakenkreuzlern der Jug-Böflinger und der frühere Landtagsabgeordnete Neumann im Spital. Der Herd der Ruhrkrankheit befindet sich in der Parade, in welcher die prominenten Nationalsozialisten untergebracht worden sind. Von den dort inhaftierten 58 Personen sind nur 17 gesund.

Wien, 28. März. Bekanntlich wurde dieser Tage Richard Frauenfeld, der Bruder des bekannten ehemaligen nationalsozialistischen Gauleiters Alfred Frauenfeld, aus dem Konzentrationslager in Böllersdorf infolge einer Ruhrerkrankung in das Infektionshospital in Wien gebracht. Nun mußte heute auch der frühere Gauleiter Alfred Frauenfeld sowie sein weiterer Bruder Eduard aus demselben Spital aus Böllersdorf in das Infektionshospital übergeführt werden. Die drei Brüder Frauenfeld werden im Infektionshospital streng überwacht.

## Habsburgerpläne im Donauraum

Aus Wien wird uns gemeldet: Feindeswerte Dinge über die Lage der österreichischen legitimistischen Bewegung enthüllte Dienstag in einer Rede in der Gesellschaft für Außenpolitik der Monarchistenführer Dr. Wiesner. Gesandter a. D. In einem historischen Überblick sagte er, daß die Monarchisten seit dem Jahre 1929 auf den Gang der politischen Entwicklung Oesterreichs starken Einfluß nehmen konnten. Der Gedanke der österreichischen vaterländischen Bewegung stamme aus dem Legitimismus. Dank der Ideengemeinschaft der Legitimisten und der autoritären Regierung Volkshilfe sei die Frage der Wiederherstellung der Monarchie in vaterländischer Entscheidung zur Entscheidung reif geworden, aber außenpolitisch noch nicht aktuell. Ausgesprochene Gegner der Habsburger-Dynastie seien nur die Kleine Entente und Deutschland. Am Ende seiner Ausführungen polemisierte Wiesner mit dem tschechoslowakischen Außenminister Benes und sagte, der Kern der Frage sei nicht der, ob die Restauration in Oesterreich international entschieden werden müsse, sondern ob Oesterreich zur Stabilisierung seiner Verhältnisse die Monarchie brauche.

## Der Ausweg: Nationale Kleinkönige

Eines der ehemals führenden Blätter der bairischen Volkspartei, die in Nürnberg erscheinende „Bair. Volkszeitung“ veröffentlicht am 16. März einen sehr instruktiven Bericht über den Stand der legitimistischen Bewegung. Der Gedanke eines österreichisch-ungarischen Dualismus unter habsburgischer Führung gilt als gescheitert. Die ungarischen Legitimisten wollen Otto als ihren nationalen König andeuten. Die österreichischen Monarchisten haben daraufhin ihr Aktionsprogramm entsprechend abgeändert. Man beabsichtigt nun, einen nationalen König auch für Oesterreich zu finden und denkt dabei an den Fürsten Ernst von Hohenberg, den Sohn des in Sarajewo erschossenen Franz Ferdinand d'Este. Auch den angrenzenden slowakischen Böheimen, in den Kroaten, den Tschechen und den Slowaken soll die monarchistische Lösung durch die Propagierung von nationalen Kleinkönigen näher gebracht werden.

Damit greifen die Legitimisten — so referiert das Nürnberger Blatt weiter — auf die große österreichische Pläne Franz Ferdinands zurück, der seinerzeit eine föderalistische Auflockerung der Monarchie plante. Es fragt sich nur, ob die Habsburger auf solchen Umwegen ihre Ziele erreichen können, welche bisher auf geradem Wege für sie nicht erreichbar waren. Herr von

## Heimwehr-Christen stehlen Hilfgelder und treiben eine Familie zum Selbstmord

In Rippersdorf bei St. Pölten wohnte ein Angestellter der Gemeinde Wien namens Anton Bödl. Er wurde am 17. Februar verhaftet und in das Kreisgericht St. Pölten eingeliefert. Nach mehreren Verhören kam er ins Anhaltelager. Auf Grund einer Denunziation, daß er Waffen versteckt habe, ist er von dort wieder in das Kreisgericht zurückgebracht worden. Zuhause hatte Bödl eine Frau mit drei Kindern im Alter von ein bis sechs Jahren zurückgelassen. Sie mußten drei Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen und litten bitterste Not. Die Arbeiter eines Betriebes sammelten für die unglückliche Familie fünfzig Schilling. Die Heimwehren aber schickten ihr einen „Exekutor“ und ließen diese fünfzig Schilling beschlagnahmen.

Die Frau war dem Martyrium nicht länger gewachsen. Sie versuchte sich und die Kinder mit Holzkohlengas zu vergiften.

Das älteste Mädchen wurde aber noch im letzten Augenblicke wach und rettete Mutter und Geschwister vor dem sicheren Tode. So schaut die Volkshilfe für die Familien der Eingekerkerten aus!

## Heimwehren stehlen Arbeitslosen das Brot vom Munde weg

Der Bäckermeister Lisi von Pottenbrunn bei St. Pölten spendete zugunsten der Winterhilfe 100 Laib Brot. Die Heimwehren hörten davon und ließen die Brote aus dem Ofen der Winter-

## Nachspiel zur Entführung Webers

Bern, 28. März. (SDR.) Im August des Jahres 1933 verfiel Lepien bekanntlich vier deutsche Staatsangehörige einen tschechoslowakischen Staatsangehörigen namens Weber aus der Schweiz auf reichsdeutsches Gebiet. Die schweizerische Regierung protestierte gegen diese Tat, doch stellte die deutsche Regierung auf Grund der Amnestie das Verfahren gegen die Entführer ein. Die Behörden im Kanton Schaffhausen erließen trotzdem den Prozeß gegen die Schuldigen, und da die deutschen Behörden die Ausforschung der Schuldigen ablehnten, wurde gegen diese ein Urteil in contumacia gefällt. Einer der Entführer wurde zu Gefängnis in der Dauer eines Jahres und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre, die übrigen drei wurden zu Gefängnis von 8 Monaten und gleichfalls zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr verurteilt.

Sie scheitern die Schmach der mitteleuropäischen Völker nach neuen Herrschern von Gottes Gnaden gewaltig zu überschauen.

## Sir Simon weicht aus...

London, 28. März. (Reuters.) Im Unterhaus wurde an den Außenminister Sir John Simon die Frage gerichtet, ob er es für opportun halte, in der nächsten Tagung des Völkerbundrates die Frage der mit Oesterreich verbundenen gegenwärtigen internationalen Schwierigkeiten anzuzueren und die Angelegenheit vom Völkerbund im Sinne des Artikels 10 des Völkerbundesvertrages regeln zu lassen. Simon antwortete, die britische Regierung sei der Ansicht, daß eine solche Aktion nicht wünschenswert sei.

Eine andere Anfrage an Sir John Simon lautete: Wäre es mit Rücksicht darauf, daß die österreichische Frage nicht nur eine Angelegenheit zwischen Italien, Deutschland und Oesterreich ist, sondern daß durch sie der Weltfrieden bedroht werden könnte, nicht angebracht, diese Angelegenheit dem obersten Gericht des Völkerbundes vorzulegen? Sir John Simon antwortete: Die erste Angelegenheit wäre es, die Bestimmungen des Artikels 10 des Völkerbundesvertrages zu studieren, ferner, welche Fragen in Verbindung mit diesem Artikel in Betracht kommen.

## Die oberösterreichischen Nazi

Wien, 28. März. In Graß an der Donau und in Gmunden warfen Nationalsozialisten in der Nacht auf gestern tausende von Gasbomben auf die Straßen und ließen an den Strahlenden Plakate agitatorischen Inhalts an. Auch die Bahnhofsgebäude, sowie mehrere Baggons und Lokomotiven auf dem Bahnhof wurden mit derartigen Affischen bemalt. Die Behörden haben aus den dazwischen Nationalsozialisten Kettenungssoldaten gebildet und sie gezwungen, die Plakate und Aufschriften, sowie die Bemalungen zu entfernen. In Gaspoltshofen sprengten Sonntag Vormittag Nationalsozialisten zusammen mit Turnern und Angehörigen des Landbundes eine Tagung der Vaterländischen Front. Starke Weisungen von Gendarmerie und Polizei setzten mit großer Mühe die Ordnung wieder her. Am Nachmittag des gleichen Tages übernahm die Gendarmerie Nationalsozialisten und Landbundangehörige bei gemeinsamen militärischen Übungen. Fünf Personen wurden verhaftet.

## Die Meinung Tirols

Wir haben kürzlich eine Kreuzung der „Junobrüder Volkszeitung“ zu den Recherchen der Tiroler Heimwehr wiedergegeben. Die feindselige Stimmung der Tiroler gegen die Heimwehr hat durch die Vorgänge, die sich mittlerweile abspielten, noch eine Stärkung erfahren. Zugleich scheint offenbar zu werden, daß die Tiroler Heimwehr viel zu schwach ist, um den Trotz der Bevölkerung zu brechen; es wäre somit nicht zu verfechten, daß von uns schon längeren Zeitungsartikeln der „Volkszeitung“ nunmehr eine neue folgt, die einer Drohung gleichkommt:

„Auf keinen Fall geht es aber an, daß sich an Stelle der autoritären Landesführung durch den Landeshauptmann die offene Gewalt setzt. Gestern hat sich der Fall ereignet, der nicht wieder vorkommen darf, will man nicht, daß die kommende Ordnung in Oesterreich den Stempel brutaler Ankultur erhalte. Drei Heimwehrlisten, von denen es heißt, daß sie bei der Heimwehr die Funktionen von Kompaniekommandanten ausüben, haben den Landesrat Samper im Landhaus überfallen und zu mißhandeln versucht. Man muß nur bedenken, was es heißt, daß führende Chargen einer militanten Formation, die von der Bundesregierung als schiedliches Schlichtungsorgan geboten wird, ein Mitglied der Landesregierung im Landhaus, das von diesem Schlichtungsorgan überfallen soll, überfallen und an ihm offene Gewalt üben wollen. Wir müssen schon sagen, daß das den Akteuren alles dessen bedeutet, was man im Laufe des letzten Jahres in Tirol erlebte; wir können nur hoffen, daß das der letzte Fall sein wird, dessen man sich als Oesterreicher schämen muß.“

Die Heimwehr möge aus all diesen Dingen eine gute Lehre ziehen, die Lehre, daß es mit Gewalt und mit Unmoral nicht geht, wenn es die ständische Ordnung gilt. Man kann Gewalt üben, wenn man ein faules Regime etablieren will. Dann aber sage man es offen und gerade heraus, damit alle Welt wisse, wie man daran ist.“

## Matteotti wird geschändet

Karotten Herr Jen hat bereits hat, der Wiener Matteottihof auf den Namen eines bisher selbst in Italien unbekanntem, vor Jahren auf nicht völlig geklärt Weise ums Leben gekommenen faschistischen Gemeindevorstandes Giordani umzuwandeln, hat nunmehr die faschistische Propagandamacht entsprechend reagiert. Der Gemeindevorstand von Bologna, ein Herr Manaresi, findet in einem Telegramm an den Staatssekretär Suvich an, daß das „freigerichtete und faschistische Bologna“ den „befreiten Wiener Arbeitern“ für ihr Haus eine marmorne Gedenktafel des Giordani sende.

Die Schamlosigkeit dieser faschistischen Verbrüderungsgemeinschaft ist wirklich unübersehbar, wenn auch zu verstehen ist, daß ein Vorkatholik wie das „autoritäre“ Oesterreich die Propagandamacht nicht daran ermahnen darf, daß — bald fährt sich dieser Tag zum zehntenmal — dort ein Abgeordneter der Opposition auf Befehl des Diktators am helllichten Tage überfallen, verprügelt und ermordet wurde. Die Gedenktafel der Wiener Arbeiter, deren Entstellung nach der grellen italienischen Sozialistenführer Turati und der Freund Matteotti, Modigliani, bewoahnen, wird verschwinden, das Gedenken an Matteotti aber, dem Kämpfer des Rechts und der Freiheit, dem Märtyrer der italienischen Arbeiterklasse, wird weder Jen noch Herr Manaresi aus dem Herzen und aus den Hirnen der Wiener Arbeiter reißen.

## Französisches Sparprogramm

Paris, 28. März. Das allgemeine Sparprogramm, mit dessen Ausarbeitung der Finanzminister beschäftigt ist, um den Fehlbetrag von vier Milliarden Franks im Haushalt von 1934 zu decken, hat in den letzten Tagen greifbare Formen angenommen. Die Absicht, die Sonderbesteuerung der Gehälter und Pensionen auch auf die niedrigeren Einkommen auszuweiten, besteht nach wie vor. An Stelle eines von der früheren Kammer verabschiedeten Gesetzes, wonach Einkommen unter 12.000 Franken unberührt bleiben sollen, will man jetzt nur die Einkommen unter 9000 oder womöglich sogar unter 7000 Franken unberührt lassen und hofft, dadurch etwa 166.000 Angehörige und Pensionsempfänger zu erfassen, deren Einkommen zwischen 9000 und 12.000 Franken liegen. Die Sonderbesteuerung größerer Einkommen soll wesentlich erhöht werden. Außerdem ist beabsichtigt, die Einkommensteuer in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken einzuführen, um auf diese Weise neue Einnahmen zu machen. Die bisher gewährten Steuererleichterungen und Steuererlässe sollen in Zukunft in Fortfall kommen.

## Eine Niederlage der Bolivianer

Kuncion (Paraguay), 28. März. In einer amtlichen Mitteilung des paraguayischen Kriegsministeriums wird mitgeteilt, daß bei einem Angriff der paraguayischen Truppen auf die Canadataria-Stellung 950 Bolivianer gefangen genommen worden seien. Das 18. bolivianische Infanterieregiment sowie eine Kavallerieschwadron und die 9. bolivianische Division seien vernichtet worden. Nach Aussagen bolivianischer Gefangener hat der Oberst des 18. Infanterieregimentes, Pavia, Selbstmord begangen.

### Gewaltige Leistung einer Gewerkschaft

Die Union der Textilarbeiter hat im Jahre 1933 an Arbeitslosenunterstützung 78 Millionen Kč ausgezahlt.

Das Jahr 1933 war, wie wir dem Jahrbuch der Union der Textilarbeiter entnehmen, für diese Arbeiterklasse das schwerste und sorgenvollste nach dem Arlege. Es ist keine Übertreibung, wenn man annimmt, daß annähernd 50 Prozent aller Textilarbeiter seit Jahren ununterbrochen arbeitslos sind und viele Zehntausende zeitweise feiern müssen. Die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie war in den ersten neun Monaten des Jahres 1933 viel höher als in der gleichen Zeit des Jahres 1932. Erst im letzten Vierteljahr 1933 nahm die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie etwas ab und zum ersten Male nach einer Reihe von Jahren war sie im Dezember niedriger, als im gleichen Monat des vorhergehenden Jahres. Immerhin gab es nach der amtlichen Statistik im Dezember 1933 noch immer 84.189 arbeitslose Textilarbeiter. Die Finanzprärogative der Union der Textilarbeiter war infolgedessen außerordentlich. Die Zahl der Unterstützungsfälle betrug im Jahre 1933 118.744, im letzten Jahre fanden regelmäßig rund 35.000 Mitglieder des Verbandes im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung. Ausbezahlt wurden im letzten Jahre an gewerkschaftlicher Unterstützung 16.946.802,50 Kč, an Staatszuschuß 61.466.359 Kč, zusammen 78.413.161,50 Kč. Diese Summe ist für die Union eine gewaltige Leistung, ein Beweis der inneren Kraft des Verbandes und seiner guten Verwaltung.

### Konzentration der demokratischen Kräfte

Unter vorgehender Leitartikel über die Annäherung der tschechischen und slowakischen Merkmalen sowie die Folgerungen, die wir daraus gezogen haben und die nach unserer Ansicht darin bestehen, daß es zu einem noch intimeren Zusammenstehen der linken kommunistischen und deutschen Parteien der Linken kommen muß, haben in der tschechischen Presse lebhaftere Beachtung gefunden und einzelne Teile des Artikels wurden in der „Prager Presse“, in den „Lidové Listy“, „Lidové Noviny“, im „Károdní Sovobozeni“ und „Právo Lidu“ zitiert. Die Wähler der Linken bringen diese Pläne in durchaus zukunftsweisender Weise. „Právo Lidu“ und „Károdní Sovobozeni“ haben die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu einem Einverständnis hervor und die „Lidové Noviny“ sagen, daß die Ausführungen des „Sozialdemokrat“ nicht ohne Beachtung bleiben dürfen und wertvoll sind dadurch, daß sie ausgehen von Leuten, an deren Festen und verantwortlichen Verhalten zum Staate schon lange nicht mehr gepöbeln werden kann.“ Der Wunsch der deutschen Sozialdemokraten sei „für den Staat sehr wertvoll“.

### Der „Standardenträger der Sudetendeutschen“

Stiern hatte sich vor einem Senat des Prager Arbeitsgerichts der neunundzwanzigjährige Maschinenbautechniker Karl Hans Vaier wegen Verbrechens der Vorbereitung von Anschlägen gegen die Republik nach § 2 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Die Anklage wurde auf Grund einer Photographie erhoben, die in der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ erschienen war und auf der Vaier in dem Festzuge der Auslandsdeutschen bei der Pfingsttagung des Vereines für das Deutschtum im Auslande in Passau als Standardenträger der Sudetendeutschen zu sehen ist. Die Anklage führt hervor, daß der Verein für Deutschtum im Auslande irredentistische Ziele verfolgt, so daß Vaier, der übrigens bereits mehrfach an Kundgebungen gegen die Republik teilgenommen hatte, durch die Beteiligung an dieser Veranstaltung des Verbrechens nach § 2 sich verdächtig machte.

In der geistigen Verhandlung verantwortete sich Vaier damit, daß er in Passau lediglich an einem Traktatentwurf teilgenommen habe, nachdem das übrige politische Programm der Tagung bereits vorüber war. Der Angeklagte wurde des Verbrechens der staatsfeindlichen Vereinnahmung nach § 17 des Strafgesetzbuches schuldig gesprochen und zu sechs Monaten strengen Arreits und zu 500 Kč Geldstrafe unbedingt verurteilt. Die Strafe ist durch die Unteruchungshaft verbüßt. Der Staatsanwalt meldete die Wichtigkeit dieser Verurteilung an und verlangte, daß Vaier weiter verhaftet bleibt. Diesem Antrag wurde aber nicht stattgegeben, so daß Vaier auf freien Fuß gesetzt wurde.

Faschistische Spielereien der Tschechisch-Merkanten. Der „Bentov“, das Organ der Agrarier, berichtet, daß die Tschechisch-Merkanten in der letzten Zeit eine Organisation nach faschistischem Muster aufziehen. Es handelt sich um die Gruppe der sogenannten „Offensoren“, welche aus jungen Leuten bestehen und in Korps, Divisionen und Brigaden und lokalen Gruppen bestehen. Der Unführer ist der böhmische Landesauschussbesitzer Zelenka, das Zeichen der Organisation ist das Kreuz. Ausgenommen werden nur bewährte Parteimitglieder, die eine Prüfung abgelegt haben. In der Organisation werden auch Chiffren benutzt. — Das „Právo Lidu“, das diese Nachricht wiedergibt, bemerkt dazu, daß dies zwar eine „armselige Spielerei und ein dummes Nachahmen faschistischer Muster“ sei, aber es müßte in der Angelegenheit Klarheit geschaffen werden. Die Merkanten müßten sagen, welches die Aufgaben dieser Organisation sind.

## Die Landessubventionen für die deutschen Theater

750.000 Kronen, davon eine halbe Million für Prag

Der Landesausschuß für Böhmen hat in einer Sitzung die Mittwoch, den 28. ds., stattfand, unter anderem auch über die Aufstellung der Theaterkonventionen beraten und beschlossen. Nach diesem Beschlusse entfallen von insgesamt 1.380.000 Kč, die zur Aufstellung gelangten, für das:

deutsche Theater in Prag . . .	500.000 Kč
Stadttheater in Teplitz . . .	50.000 Kč
Stadttheater in Kuffig . . .	50.000 Kč
Stadttheater in Reichenberg . . .	50.000 Kč
Stadttheater in Brüx . . .	50.000 Kč
Stadttheater in Eger . . .	20.000 Kč

Für die deutschen Theater wurden also im ganzen 750.000 Kč an Subventionen bewilligt. Die an die einzelnen Stadttheater gewährten Subventionen sind zum Teil höher als im vergangenen Jahre. Die Subventionen werden in zwei Raten, n. zw. am 15. Mai und 15. September, ausbezahlt werden. In Zukunft werden Subventionen für Theater von Seiten des Landes nur dann bewilligt, wenn die Gesuche rechtzeitig beim Landesamte einlangen, die Abrechnung über die Verwendung der im Vorjahre bewilligten Subvention beilegt, wenn nachgewiesen wird, daß die Spielpläne allmonatlich vorgelegt wurden und genaue Aufzeichnungen über die Einnahmen vorge-

legt werden. Von diesen für alle Theater geltenden Richtlinien, die der Landesausschuß beschlossen hat, wird in keinem Falle abgewichen werden.

Der Landesausschuß erledigte in dieser Sitzung weiter neben einigen laufenden Angelegenheiten auch 195 Gemeindefinanz- und bewilligte 52 Gemeinden die Einhebung verschiedener Abgaben und Gebühren. Der tschechischen Philharmonie wurde ein Landesbeitrag von 450.000 Kč jährlich, auszahlbar in 12 Monatsraten, gewährt. Schließlich beschloß der Landesausschuß, das Pressebüro um die Veröffentlichung folgender Mitteilung zu ersuchen: „An der Tagespresse sind Nachrichten aufgetaucht, als ob die durch die Landesverwaltung beim Obersten Verwaltungsgericht zum Schutze der Kompetenz der Landesvertretung eingehaltene Beschränkung in Angelegenheit der Gehaltsabgabe der Landesangestellten die Folge eines persönlichen Konfliktes zwischen dem Landespräsidenten Dr. Sobotta, dem Landesauschusse und der Landesvertretung wäre. Diese Nachrichten sind in dieser Richtung vollkommen verzerrt. Nach dem Gutachten der juristischen Landeskommission anerkannter Landesauschusse und die Landesvertretung, daß der Landespräsident als Beamter verpflichtet war, die Regierungsvorordnung Nr. 25233 Stg. d. G. u. B. über die Personalparagrafen auch in der Landesverwaltung durchzuführen und die Verhandlungen über diese Angelegenheit im Landesauschusse und in der Landesvertretung in voller Einmütigkeit mit dem Landespräsidenten vor sich.“

### Tagessneuigkeiten

#### Angst vor dem „Clown“ Shaw . . .

Berlin, 28. März. Die letzte Komödie Bernhard Shaws, die in Berlin unter dem Titel „Reisegefährten“ gespielt wird, wird von der deutschen Presse keineswegs günstig aufgenommen, obwohl sich in ihr Shaw zur Diktatur bekennt. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt sogar, der Clown B. Shaw gehöre schon lange nicht mehr auf die deutschen Bühnen und begründe dies folgendermaßen: Wenn Herr B. Shaw „England erwidere“ jähre, um die Engländer zu ärgern, so wollen wir uns darüber nicht freuen. Von diesem Ehrfurcht dürfte man sich nicht den Ruf nach dem „Rührer“ gefallen lassen. Denn man bedenke: Er könnte es ja wieder einmal nur als bloßen Witz gemeint haben und wir sind schließlich doch nicht dazu da, durch unseren Herzensfall Herrn Shaw zum Lachen zu bringen.

### Deutsche Flugzeuge über Mex

Paris, 28. März. Wie die Blätter melden, hat gestern früh ein reichsdeutsches Flugzeug die im französischen Grenzgebiet bei Mex gelegenen Befestigungen überflogen. Der genaue Vorfall hat sich in dieser französischen Befestigungszone bereits vor einigen Tagen ereignet.

### Hafodate

Hafodate, 28. März. Bei den Aufräumarbeiten in der Stadt Hafodate, welche in der vorigen Woche zu drei Vierteln durch Feuer in Asche gelegt wurde, sind bisher 1878 Leichen geborgen worden. Die Aufräumarbeiten gehen weiter. Man befürchtet, daß die Gesamtzahl der Toten 2000 übersteigen werde. Der Schaden beträgt schätzungsweise 150 Millionen Jann.

### Die kommunistische Geheimdruckerei in Haiba—Arnsdorf

Weitere Verhaftungen. Wie berichtet, konnte in Haiba—Arnsdorf eine Geheimdruckerei beschlagnahmt werden, die zur Herstellung eines illegalen kommunistischen Blattes („Vorwärts“) eingerichtet worden war. In dem Hause der Frau Marie Driesel (Witwe Hohnmann) in Arnsdorf, wo schon vorher die Setzereineichtung gefunden wurde, ist eine neuerliche Durchsuchung vorgenommen worden, wobei noch größere Mengen Metallschriften und anderes Druckerzubehör aus dem Keller zutage gefördert werden konnte. Der Bruder der Driesel, der 36 Jahre alte Glasmalers Richard Heller, der mit im Hause wohnte, wurde verhaftet. Bei einer Hausdurchsuchung, welche die Gendarmerie bei dem Rentmeister Rudolf Streda in Haiba vornahm, wurden drei Kisten mit Metallschriften gefunden. Streda wurde sofort verhaftet. Auch wurde zur Verhaftung der bereits erwähnten Hausbesitzerin Driesel in Arnsdorf und des 20-jährigen Glasmalers Gottlieb Kauglich in Arnsdorf geschritten. Ferner erfolgte die Verhaftung des Glasmalers Tschanke, in dessen Hause in Haiba sich die Druckereineichtung (Druckpresse und großer Papiervorrat) befand. Sie wurden dem Kreisgericht in Böhm. Leipa eingeliefert. Später wurde — gleichfalls unter dem Verdachte der Mitbeteiligung — der kommunistische Gemeinderat Julius Hampele aus Arnsdorf festgenommen. Es sind bisher jetzt sieben Personen in Haft. Die Untersuchung wird fort-

gesetzt und es sind weitere Verhaftungen zu erwarten.

Die kommunistische Revolutionsromantik werden viele Personen schwer büßen müssen.

### 25 Grad Wärme in Kaschau!

Kaschau, 28. März. In den letzten Tagen herrschte im Osten der Republik ein sehr heißes Wetter und in den Mittagsstunden wurden bis 25 Grad Celsius gemessen.

### Zungpilot als Refordflieger

London, 28. März. (AP.) Der jugendliche Pilot Brooke, der noch keine ganzjährige Piloten-Ausbildung hinter sich hat, startete heute früh vom Flugplatz in Epping (Grafschaft Kent), um den bisherigen Flugrekord England—Australien zu brechen, den im Vorjahre der Allger-Kommode Sir Charles Kingsford Smith mit 7 Tagen 3 1/2 Stunden aufgestellt hatte. Brooke will Brindisi noch Mittwoch erreichen. Er benötigt einen Eindecker, den Allison zu seinem ersten Soloflug vom Osten nach dem Westen über den Atlantischen Ozean verwenden hat.

Zur Frühjahrsagung des Zentral-Eisenbahnrates hat der Bund der Vertreter und Reisenden (Nahgruppe im Allgemeinen Angestellten-Verband) durch Abg. Ernst Grünzner als Mitglied des Zentral-Eisenbahnrates eine Reihe von Anträgen überreicht. Die Anträge verlangen u. a. die Herabsetzung der Gepäckaufbewahrungsgeldern für Verursachende, einen 25prozentigen Nachlaß von den Preisen der Halbjahreskarten für organisierte Geschäftsreisende und Vertreter, eine 33prozentige Fahrpreisermäßigung auf den staatlichen Autobuslinien für die Besitzer von Jahres- und Halbjahreskarten und eine ebenfalls Ermäßigung auf den Staatsbahnen und staatlichen Autobussen für Verursachende gegen eine für eine geringe Gebühr auszustellende Legitimation, sowie eine Reihe von Verkehrsverbesserungen. Die Anträge wegen bestimmter Fahrplanverbesserungen dürften erst in der Herbstagung des Zentral-Eisenbahnrates zur Verhandlung gelangen, während die übrigen Anträge noch in der bevorstehenden Frühjahrsagung erledigt werden dürften.

Veruf und Nationalität in Mähren—Schlesien. Eine weitere Veröffentlichung der Volkszählungsergebnisse vom Jahre 1930 stellt Nr. 42 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“, Jahrgang XV dar, die die Angaben über den Beruf der Bevölkerung in Mähren—Schlesien in Kombination mit der Nationalität enthält. Dort ist in der Landwirtschaft, Industrie, im öffentlichen Dienste und in den freien Berufen die tschechoslowakische und deutsche Nationalität fast gleich vertreten. Von Mähren—Schlesiens Einwohnern tschechoslowakischer Nationalität gehören zur Landwirtschaft 29,7 Prozent und von der deutschen 28,1 Prozent, zur Industrie 40,6 Prozent, bzw. 40,3 Prozent, zum öffentlichen Dienste und den freien Berufen

## An unsere Abonnenten, Leser und Kolporteurs!

Anlässlich der Osterfeierlinge wird im Buchdruckergewerbe am Montag nicht gearbeitet, so daß unsere Nummer am Dienstag, den 3. April, entfällt. Die nächste Ausgabe erscheint dann zur gewohnten Stunde am Mittwoch, den 4. April. Die Verwaltung.

4,7 Prozent der tschechoslowakischen und 4,6 Prozent der deutschen Bevölkerung. In den Hand- und Kleingewerben sind die Deutschen (7,7 Prozent) stärker vertreten als die Tschechen (6,1 Prozent), dagegen sind im Verleher fast doppelt so viel Tschechen als Deutsche beschäftigt (6,1 gegenüber 3,6 Prozent). Mehr als die Hälfte (56,4 Prozent) der Bevölkerung polnischer Nationalität findet ihren Unterhalt in der Industrie. Zur Landwirtschaft gehören von ihnen nur 16,1 Prozent, zum Handel 2,9 Prozent, zum Verleher 5,9 Prozent, zum öffentlichen Dienste und den freien Berufen 2,1 Prozent.

Urlaub für die Staatsangestellten zur Arbeiter-Olympiade in Prag. Laut Mitteilung des Ministerpräsidenten wurde auch über den Olympiade-Urlaub der Staatsangestellten entschieden. Der Ministerrat entschied, daß die einzelnen staatlichen Ressorts nach Möglichkeit dem Erlauben der Beamten und Angestellten um Urlaub zwecks Teilnahme an der dritten tschechoslowakischen Arbeiter-Olympiade in den Tagen vom 1. bis 8 Juli wohlwollend entsprechen mögen und daß dieser Urlaub bis zur Dauer von vier Tagen in den ordentlichen Urlaub nicht eingerechnet werde.

Erdbeben und Überschwemmung in Chile. Privatagenturen melden aus der südamerikanischen Republik Chile, daß ihre nordöstlichen Gegenden von einem Erdbeben heimgesucht wurden, welches von Wasserfluten begleitet war. Die von Antofagasta nach Bolivien führende Eisenbahnstrecke wurde in einer Länge von 800 Kilometern beschädigt. Viele Dörfer wurden überschwemmt. Einige Personen sind ums Leben gekommen.

Sandstreich im Saargebiet. Ein deutscher Postbeamter hatte die Mühseligkeit, in der Nähe von Homburg die Saargrenze zu überschreiten und auf saarländischen Gebiet einen Einwohner festzunehmen. Er zwang ihn, mit ihm einen Zug zu besteigen, der auf deutsches Gebiet fuhr. Dort wurde der Mann ins Gefängnis eingeliefert.

Martin Inzult wurde in Begeleitung amerikanischer Amtsträger in die Vereinigten Staaten, welche seine Auslieferung gefordert hatten, gebracht.

Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Republik und dem Deutschen Reich über Sozialversicherung. In dem Bemühen, weiteren Kreisen durch leicht faßlich gehaltene Erläuterungen sozialpolitische Geheiß verständlich zu machen, hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (Sektion der Privatangestellten) eine Broschüre über den Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Republik und dem Deutschen Reich über Sozialversicherung herausgegeben. Das Büchlein enthält den Wortlaut des zwischen beiden Staaten abgeschlossenen Vertrages mit Erläuterungen. Die Kenntnis dieses Vertrages ist für alle jene wichtig, die im Deutschen Reich irgendwelche Versicherungsbeiträge in der Invalidenversicherung (Invaliditäts- und Altersversicherung), Angestelltenversicherung und Inanspruchnahme der Pensionsversicherung der Angestellten, sowie in der tschechoslowakischen Pensionsversicherung der Arbeiter erworben haben. Es kann beim Deutschen Gewerkschaftsbund (Sektion der Privatangestelltenverbände), Reichensberg, Rärhergasse Nr. 111 gegen Vorkaufnahme des Vertrages von Kč 7,20 (zuzüglich Porto 50 Heller) bezogen werden.

### Vom Rundfunk

Empfehlenwertes aus den Programmen: Freitag, Prag, Sender L: 6.15: Gymnastik, 10.05: Deutsche Nachrichten, 12.10: Schallplatten, 16: Handel: Messias, 17: Konzert des Ondricek-Quartetts, 18.25: Deutsche Sendung: 18.50: Arbeiter-Sendung: Richard Bernheim: Aktuelle zehn Minuten, 19: Deutsche Nachrichten, 20.05: Konzert des Domchor, 20.30: Osterschöpfung, Sender Str.: 11.40: Schallplatten, 15.10: Deutsche Sendung: August Strindberg: Otern, 15.50: Deutsche Nachrichten. — Brunn: 16: Nachmittagskonzert, 18.25: Deutsche Sendung: Goethes „Faust“, 19.20: Nationalspiele. — Kaschau, 16.15: Klavierkonzert, 19.20: Geigenkonzert. — Berlin, 16: Kammermusik, 19: Miffa solennis, von Beethoven. — Frankfurt, 24: Radikonzert. — Leipzig, 16.40: Kleine Konzertstunde. — Wien, 20.55: Beethoven: Christus auf dem Ölberge, Oratorium.

## Bis 32.000 Meter Höhe?

Russische Erwartungen vom automatischen Ballon. Leningrad, 28. März. (Tsch.) Der Direktor des aerologischen Instituts, Professor Moltshano, erklärte, daß der letzte Aufstieg des automatischen Ballons ohne Lordflug darstelle. Das Institut werde Flüge zu noch größeren Höhen durchführen. Das Institut beabsichtige, in den arktischen Verhältnissen diese Radiosonden, wie die automatische Ballons auch genannt werden, bis zu einer Höhe von 30 bis 32 Kilometern aufsteigen zu lassen, so daß die Erwartung gehegt werden dürfe, daß die Ergebnisse dieser Flüge zur Lösung verschiedener Probleme beitragen und eine große Bedeutung für die Feststellung der Zusammenfassung der Atmosphäre haben werden.

Die Gegenwart versteht, wer die Vergangenheit kennt!

- Wichtige geschichtliche Literatur: KČ
Berner Hegemann, Enllarvie Geschichte 40.—
Arthur Rosenberg, Die Entstehung der deutschen Republik 24.—
Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus 24.—
Franz Mehring, Gesammelte Schriften, 7 Bände, auch einzeln, jeder Band 25.—

Zu beziehen durch alle Kolportage-Anstalten, Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag XII., Sleská 13.

Ausfaat vom Flugzeug aus

Moskau, 28. März. (Tag.) Die Ausfaat vom Flugzeug-Vord aus ist in den südlichen Gebieten der Sowjetunion beendet und wurde jetzt in den mittleren und nördlichen Teilen aufgenommen.

Preussisches „Landjahr“ für Schulklassen. Das preussische Staatsministerium hat „ein Gesetz über das Landjahr“ beschlossen, wonach die schulklassische Stadjugend zu einem „Landjahr“ verpflichtet wird.

Taxi-Streit in Griechenland. In ganz Griechenland haben die Chauffeurs den Streik proklamiert; in Athen fahren nur die staatlichen Automobile.

Jugendmord. In der Nähe von Lemps (Frankreich) ereignete sich ein Eisenbahnunglück, bei dem nach den bisherigen Angaben drei Menschen getötet und 13 schwer verletzt wurden.

Ein unerfahrener Herr! Herr Herrl, des preussischen Goeringlandes unübertrifflicher Justizminister, hat vor den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Staatsanwälten Preußens eine Rede gehalten.

Kinder im „befreiten“ Wien

Was hat uns am meisten ergriffen von den sozialen Ertragschaften der roten Metropole, wenn wir in den letzten Jahren Gelegenheit des Beobachtens hatten? Warten — gut, die hatten wir aber auch in Brix und auf der Beddel, in Kagelburg und Altona.



Inländisches Erzeugnis Tube KČ 4.— u. KČ 6.—

Chlorodont macht die Zähne blendend weiß

Die Helden von Dresden

Sozialisten vor Hitlers Klassengericht — Hohe Zuchthausstrafen

Am Dienstag, den 20. März, und Mittwoch, den 21. März, verhandelte das Sondergericht für das Land Sachsen gegen 52 Sozialdemokraten, die verhaftet hatten, illegale Unterorganisationen der S.P.D. aufzuziehen und im Lande der braunen Norddiktatur die Stimme der Wahrheit, den „Neuen Vorwärts“, zu verbreiten.

Als „Mädelsführer“ bezeichnete die Anklage die Gruppenleiter Baum und Freitmann, ferner die Genossen Polowicz, Kapp, Lips, Kühne und Grünher. Die Angeklagten bestanden sich vor Gericht wie wahre Helden.

Baum, der mutig jede persönliche Belästigung auf sich nahm, tat alles, um seine mitangeklagten Genossen zu entlasten.

Ein vorbildliches Verhalten, das ihn von dem braunen Staatsanwalt, dem alles Menschliche fremd zu sein schien, die ehrenvolle Beschimpfung „beispiellos marginalischer Verlogenheit und Verworfenheit“ eintrug.

Auch Freitmann erklärte, daß er für die Demokratie gearbeitet habe. Er hielt sich geradezu herrlich und bezeichnete seine Schicksalsgefährten als Ehrenmänner.

des Febers in ungezählten Tränen der Kinder nach. Deswegen war die Schlacht, die der Schulbund verloren, die Schlacht, die die Kinder der Stadt verloren.

Montag, den 19. März, mußten die Wiener Volks- und Mittelschüler die Kirchen füllen. Der Bundeskommissar Schmitz hatte einen Sühnegottesdienst angeordnet, der mit der Bundeshymne — ihre Melodie, die alte Kaiserhymne, ist so bekannt und verhaßt wie ihr Text unbekannt und gleichgültig ist — geschlossen wurde.

Herr Schmitznigg hat verordnet, daß alle Kinder ein „vaterländisches Abzeichen“ laufen und tragen sollen. Der Erlaß gilt nicht für die Hochschulen, an die traut sich der wadere Herr nicht.

Auch in den Mittelschulen ist die Opposition gegen dies Abzeichen allgegenwärtig. In den Unterrichtsstunden der Professoren, die als freiwillige Patrioten bekannt sind, trägt die ganze Klasse die Plakette.

treten der Sozialisten vor Gericht zeigte, daß kein Terror und keine faschistische Gemeinheit diese Männer gezeichnet und zermürdet kann. Sie traten dem Klassengericht der Diktatur mit einem Selbstbewußtsein und mit einer Energie entgegen, die selbst den Gegner in Ehrfurchen versetzte.

In ihrem Schlusswort bekannten sich die meisten Angeklagten auch heute noch mannhaft zum Marxismus.

Das am Donnerstag gefällte Urteil des Sondergerichtes war der Brutalität des Röderregimes angemessen. Freitmann wurde zu zwei Jahren, acht Monaten Zuchthaus verurteilt, Baum erhielt die gleiche Strafe.

Dieser Prozeß hat gezeigt, daß der Widerstand gegen die faschistische Diktatur lebt und, allen Gemeinheiten der braunen Hente zum Trotz, nicht zu brechen ist! Die Helden von Dresden werden tausend und aber tausend Nachfolger finden.

Lehrer sind alle Anopflöcher leer. Die Mädel tragen oft die Abzeichen bis zum Unterrichtsfluß, sie nehmen es dann ab, um es anzuspülen. Viele Lehrer und Lehrerinnen tragen das Abzeichen mit Grimm, manden prechte der Jwang Tränen ab.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Krise im Kohlenbergbau

1933 die Zahl der Arbeiter die Hälfte vom Jahre 1921.

Die letzte Ausgabe des Fachblattes unserer Bergarbeiter, „Der Glückauf“, schildert an leitender Stelle die schweren Krisenwirkungen im tschechoslowakischen Bergbau. Im Jahre 1921 waren in der Republik 175 Steinkohlengruben und 206 Braunkohlenfäbriken in Betrieb.

gebiet, Belgien, Deutschland, die Vereinigten Staaten, während die Kohlenförderung in Polen und in der Tschechoslowakei zurückgegangen ist und sich in England auf ungefähr gleicher Höhe gehalten hat.

Eingefendet.

Hypoteční banka Česká



35.248 Hypothekendarlehen im Betrage von 1.897,8 Millionen, im Jahre 1933 neue Darlehen 123 Millionen, Einlagen 901,6 Millionen, Depositionen 1.979 Millionen.

In der Direktionsitzung vom 28. März dieses Jahres wurde der Jahresabschluss der Zentrale und der Filiale in Bratislava mit der Eröffnung in Košice für das Jahr 1933 genehmigt.

Table with 2 columns: Aktiva (Aktien, Kassa, etc.) and Passiva (Eigene Reserven, etc.), showing financial figures in Kč.

Table with 2 columns: Verlust- und Gewinn-Konto (Zinsen, Verlust auf d. Effekten, etc.) and Gewinn (Zinsen, Regiebeiträge, etc.), showing financial figures in Kč.

Von den Hypothekendarlehen in Pfandbriefen wurden im Jahre 1933 602 Darlehen im Betrage von KČ 94.681.100.— emittiert; von den Darlehen in Varem wurden 230 Darlehen im Betrage von KČ 9.709.818.— und von den Hypothekendarlehens-Vorschüssen KČ 19.119.317,75 realisiert.

Table with 2 columns: Verlust- und Gewinn-Konto (Zinsen, Verlust auf d. Effekten, etc.) and Gewinn (Zinsen, Regiebeiträge, etc.), showing financial figures in Kč.

Der Stand der Hypothekendarlehen Ende 1933 beträgt KČ 1.897.783.268,88, hiebei bei der Filiale in Bratislava KČ 447.511.688,10.

Die Emissionen der eigenen Pfandbriefe erreichten die Höhe von KČ 1.732.794.300.— und es sind nach Abzug von verlostem und aus dem Umlauf gezogenen Pfandbriefen gegen das Jahr 1932 um KČ 60.042.000.— mehr Pfandbriefe im Umlauf.

Nach dem Gesetz vom 21. März 1933, Nr. 47, wurde der Zinssatz aller Hypothekendarlehen und daher auch der Pfandbriefe um 10%, d. i. um 1/2, herabgesetzt, wobei der geringfügige Regiebeitrag von 1/2% unverändert blieb.

Die Kapitalbildung war sehr erschwert; der große Erfolg der Arbeitsanleihe erschöpfte einen großen Teil der freien Kapitalien.

Trotzdem erkranken sich die Pfandbriefe einer regen Nachfrage und es ist gelungen, den Kurs der Pfandbriefe auf der gleichen Höhe zu erhalten.

Die Verbindung mit den Elektrizitätswerten dauerte unverändert weiter an.

Die Einlagen auf Einlagebüchel und in laufender Rechnung sind um KČ 52.138.139,99 auf KČ 904.646.851,49 gestiegen. Die deponierten Effekten haben die Höhe von KČ 1.979.315.721,29 erreicht.

Der Reingewinn wurde den Reservenfonds zugewendet, welche die Höhe von KČ 90.151.413,04 erreicht haben und sind gegen dem Jahre 1932 um KČ 10.970.975,64 gestiegen. 2862

